

SPD will Niedriglohnsektor fördern

Partei regt an, bei schlecht bezahlten Jobs Sozialabgaben per Steuer-Gutschriften auszugleichen

Mehrstaatliche Fördermittel, um Arbeitsplätze zu schaffen, weniger Freibeträge für Hartz-IV-Empfänger und ein strikteres Aktienrecht. So lauten die Kernpunkte einer Erklärung, die der SPD-Vorstand am Samstag in Bremen beschließen will.

BERLIN „Für Wachstum, Arbeit und Sicherheit“ ist der zehnteitige Entwurf der „Bremer Erklärung“ überschrieben, den die SPD-Vorstandsmitglieder absegnen sollen. Die Sozialdemokraten treffen sich in Bremen, um zwei Tage lang ihr neues Grundsatzprogramm zu besprechen.

Die Sozialdemokraten schlagen nun unter anderem vor, einen „sozialen Arbeitsmarkt“ zu schaffen, der Langzeitarbeitslosen, die ohne Berufsabschluss sind und unter gesundheitlichen Einschränkungen zu leiden haben, eine Beschäftigung ermöglicht. „Für den Anfang“ könnten 100 000 Betroffene dadurch wieder in Lohn und Brot kommen, glaubt die SPD.

Bereits vor einigen Monaten hatte der SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner

angeregt, solche Langzeitarbeitslosen in öffentlich geförderten Beschäftigungswerkstätten unterzubringen. Die Kommunen sowie die Bundesagentur für Arbeit (BA) sollten solche Einrichtungen schaffen, schlug Brandner vor. Die BA selbst hatte im Sommer dafür geworben, einen solchen „dritten Arbeitsmarkt“ einzurichten für jene 400 000 Langzeitarbeitslosen, die trotz bester Förderung und intensiver Vermittlungsbemühungen keine Chancen mehr hätten, eine reguläre Stelle zu finden.

Die stärkere Förderung des Niedriglohnsektors ist ein weiteres Kernanliegen des SPD-Papiers. So wirbt es für eine „Einkommenssteuer-Gutschrift“, die Geringverdienende vom Finanzamt erhalten sollen. Diese Gutschrift soll sich nicht auf die Steuer auswirken, denn für Geringverdiener gelten bereits ausreichende Freibeträge, sondern als Ausgleich dienen für geleistete Sozialabgaben. Dahinter stecke die Erkenntnis, dass es für viele Hartz-IV-Empfänger gegenwärtig nicht attraktiv sei, einen schlecht bezahlten Job auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen. Denn nach Abzug der Sozialabgaben

bliebe ihnen oft weniger Geld, als sie durch das Arbeitslosengeld und die darin eingeschlossenen Zuverdienstmöglichkeiten hätten. Die Gutschrift solle diesen Malus ausgleichen.

In der Konsequenz sollen nach Ansicht der SPD aber auch die Freibeträge für Hartz-IV-Empfänger gesenkt werden, damit Niedriglohnbezieher wirklich besser gestellt sind als Arbeitslose. Auch hätten Langzeitarbeits-

lose mehr Anreiz, sich um eine reguläre Stelle zu bemühen.

Im Kapitel „Wachstum“ sagt die Partei den Finanz-„Heuschrecken“ den Kampf an. Ziel einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sei es, dass die Finanzmärkte einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen, ist dort zu lesen. „Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.“ Solche Anleger sollen nach Überzeugung der Partei mehr Stimmrecht im Aktienrecht haben als Anleger, die nur an kurzfristigen Gewinnen interessiert seien.

„Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie“, betont die Erklärung. Die nukleare Stromerzeugung sei eine Risikotechnologie, hinterlasse ungelöste Entsorgungsfragen und leiste keinen Beitrag zum Klimaschutz.

Die SPD hält auch am Ziel der Vollbeschäftigung fest. „Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil!“ heißt es wörtlich. Die Zukunft liege in der Produktion von innovativen und hochwertigen Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich.

GRUNDSATZPROGRAMM

- Die SPD will ihr neues Grundsatzprogramm im Dezember dieses Jahres verabschieden. Als Leitbild der „Sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert“ soll es der Partei dienen sowie Wege und Ziele ihrer Politik beschreiben.
- Am morgigen Samstag beginnt in Bremen eine Vorstandsklausur der SPD, bei der zentrale Fragen des neuen Programms diskutiert werden sollen, darunter die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik.

EFF

STEFFEN HEBESTREIT